

Aufruf zur Kundgebung am Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus am 27.01.2024



*ab 16 Uhr Infotisch, Kundgebung ab ca 17.00 Uhr, Ende 19.00 Uhr
Platz der Alten Synagoge Freiburg*

NIE WIEDER IST JETZT!

Als die Rote Armee am 27.1.1945 die Vernichtungslager in Auschwitz befreite, beendete sie dort die von Deutschen betriebene „Endlösung der Judenfrage“, den barbarischen Höhepunkt in der Geschichte von Judenverfolgung und Pogromen. Für ihr Vernichtungsprogramm suchten und fanden die Deutschen ideologische und mitmordende Kollaborateure in ganz Europa, aber auch in den von ihnen besetzten europäischen Kolonialgebieten. Die Auslandspropaganda zielte mit einem arabischsprachigen Radioprogramm auf eine antisemitische Agitation der muslimischen Bevölkerung in arabischen Staaten. Unter dem Schutz der Wehrmacht wurden in Ägypten arabische Hilfstruppen aufgestellt, die nach der erhofften Niederlage der Engländer in der britischen Kolonie Transjordanien, dem heutigen Israel, die Tötung der Jüdinnen und Juden übernehmen sollten.

In dem Großmufti von Jerusalem, Mohammed Amin al-Husseini (ca. 1896 – 1974) hatte die NSDAP einen wichtigen Verbündeten, um ihren Vernichtungsantisemitismus in der Region zu verbreiten. Der von den Deutschen hofierte Al-Husseini unterstützte die NSDAP seit 1933, lebte von 1941 bis 1945 in Berlin. Er war Mitglied der SS, warb unter Muslimen für diese, beteiligte sich aktiv an der Verfolgung der Juden und verbreitete die NS-Propaganda im Balkan und im arabischen Raum auch nach 1945. Er gilt als einer der Gründungsväter der palästinensischen Nationalbewegung und so ist die arabische Feindschaft und Kompromisslosigkeit gegen Israel von Anfang an auch durch den aus Deutschland exportierten Antisemitismus geprägt. Nur dank der Niederlage der deutschen Truppen in Nordafrika und trotz des Fortschritts des deutschen Vernichtungsprogramms konnte 1948 mit der Gründung von Israel ein Staat entstehen, der Jüdinnen und Juden die Möglichkeit zur Zuflucht von und Gegenwehr gegen den antisemitischen Ideologie ermöglichte.

Mit der Parole „**Nie wieder Auschwitz**“ begründeten Antifaschist*innen den Imperativ, demzufolge, wie Theodor W. Adorno es formulieren sollte, Ziel jeden politischen Handelns sein soll, „**dass Auschwitz nicht sich wiederhole, nichts Ähnliches geschehe**“. War in Europa der Vernichtungswille nach der Niederlage des Nationalsozialismus vorübergehend gebannt, konnte sich diese Parole auf die Zukunft richten. Was für Europa galt, traf für Israel jedoch nicht zu: Schon mit der Staatsgründung und der gleichzeitigen Kriegserklärung durch die arabischen Staaten war Israel gefährdet und musste sich in mehreren Kriegen militärisch wehren.

GEGEN JEDEN ANTISEMITISMUS!

Mit der islamischen Republik Iran entstand 1979 erneut ein Staat, der die Vernichtung Israels zu seinem ideologischen Kern erhoben hat und in den letzten Jahren seinen Einfluss in Syrien, Libanon und Palästina ausbauen konnte. Das größte antisemitische Massaker seit 1945 am 7.10.2023 durch die Hamas ist eine Folge dieser Politik und der Langzeitwirkung der vernichtungsantisemitischen Agitation der Nationalsozialisten. Finanziert durch den Iran und einige Golfstaaten und unterstützt durch US-amerikanische und europäische Hilfszahlungen hat die Hamas seit 2007 den Gazastreifen zu einer unterirdischen Festung ausgebaut und immer wieder Raketenangriffe auf Israel gestartet. Ihr Angriff auf ein Musikfestival, Kibbuz und Siedlungen mit dem Ziel, möglichst viele Jüdinnen und Juden und in Israel lebende Menschen zu entführen und zu töten, sollte als Fanal gelten für die erhoffte Zerstörung dieses Staates, wofür die Hizbollah im Süden Libanons über 130 000 Raketen lagert und der Iran sich atomar bewaffnet. Während die Nationalsozialisten ihr Vernichtungsprogramm vor der Öffentlichkeit zu verbergen suchten, präsentierten die Täter vom 7.10. ihre Morde, Verbrennungen und Vergewaltigungen über die sozialen Medien und auch die Handys der Opfer stolz vor der Welt, Zivilisten folgten ihnen und plünderten die israelischen Siedlungen und feierten die Taten.

Bei erschreckend vielen Menschen löste das Massaker der Hamas kein Entsetzen, sondern klammheimliche oder offene Freude aus; seit dem Oktober sieht die mediale Öffentlichkeit eine antisemitische und antizionistische Propaganda in vorher nicht gekanntem Ausmaß mit dem Ziel, Israel zu delegitimieren und jüdische Menschen zu diffamieren und sozial zu ächten. Es bildete sich eine Querfront zwischen Faschisten, Rechtsextremen und Islamisten, einem Mainstream, der in antisemitischen Codes gegen „Globalisten“ hetzt und sich an jüdenfeindlichen Äußerungen wie die von Hubert Aiwanger nicht stößt, und einer israelfeindlichen Linken.

Gerade die dekolonialistische Linke des Westens und globalen Südens hat maßgeblich zu dem antisemitischen Dammbreach beigetragen, indem sie jede Kritik am islamistischen Djihadismus als Rassismus diffamiert und diesen als „antikolonialen Kampf“ mit akademischen Weihen versieht. Antisemitismus wurde von ihr zu einer Spielart des Rassismus umdefiniert und das Spezifische des antijüdischen Wahns verleugnet, um den Staat Israel als koloniales Projekt denunzieren zu können. Dabei greift sie in ihrer Unterstützung eines Großpalästinas auf völkisch-kulturalistische Argumentationsmuster zurück, die Parallelen zu den Deportationsfantasien der Rechten aufweisen. Die

Auseinandersetzung mit dem spezifischen Vernichtungswillen im Antisemitismus und die mindeste Konsequenz daraus, einen Schutzraum für verfolgte Jüdinnen und Juden, tun sie als deutschen, schuldbeladenen Komplex, als „german guilt“ ab, was die linksterroristische Gruppe „Tupamaros West-Berlin“ nach einem gescheiterten Bombenanschlag auf ein jüdisches Gemeindehaus am 9. November 1969 schon als „Judenknacks“ zu bezeichnen wusste. Die offensichtliche Wahlverwandschaft zum rechten Geraune von „Schuld kult“ und „Holocaust-Religion“ lässt sich dabei nicht mehr kaschieren.

SOLIDARITÄT MIT ISRAEL!

Im Zuge dieser Umdeutung wurde auch die historische Parole vom „Nie wieder“ entwertet, weil auf alles Mögliche angewandt, um den Bezug zu dem historischen Vernichtungsprojekt in den Hintergrund treten zu lassen. Dagegen gilt es, dieses und die aus ihr resultierenden Entwicklungen in Erinnerung zu rufen. So ist Israel kein Staat wie jeder andere; als „Jude unter den Staaten“ (Léon Poliakov) ist er ständiger Bedrohung ausgesetzt, eben weil er Jüdinnen und Juden Heimat und Schutz bietet.

Die Verpflichtung aus dem Jahr 1945 für jeden Antifaschismus muss daher lauten: Solidarität mit Israel zu fordern, der antisemitischen Agitation überall entgegenzutreten und Jüdinnen und Juden beizustehen. Ein Antifaschismus, der das nicht einlöst, ist keiner.

Deshalb rufen wir auf, an der Kundgebung am 27.1.2024 um 16 Uhr auf dem Platz der Alten Synagoge teilzunehmen und Eure Solidarität zu zeigen.

**Freiburger Bündnis Gegen Antisemitismus
Januar 2024**

**NIE WIEDER
IST JETZT! GEGEN JEDEN
ANTISEMITISMUS!**

27. JANUAR 2024

**SOLIDARITÄT
MIT ISRAEL!**

FREIBURGER
BÜNDNIS GEGEN
ANTISEMITISMUS

TAG DES GEDENKENS AN DIE OPFER DES NATIONALSOZIALISMUS

**Kundgebung auf dem
Platz der Alten Synagoge
Freiburg, Sa. 27.01.2024, 16 Uhr**

www.frbga.de

www.frbga.de

V.i.S.d.P.: Freiburger Bündnis Gegen Antisemitismus
c/o DIG Freiburg, Bundesgeschäftsstelle Littenstr. 105, 10179 Berlin